

Open Data

Datensilos öffnen

[09.12.2021] In den Datensätzen der öffentlichen Verwaltung schlummert ein enormer Wert. Um das Potenzial auszuschöpfen, sollten Kommunen eine Strategie für die aktivere Datennutzung entwickeln. Konkrete Maßnahmen zeigt ein Papier von IT-Dienstleister Dataport auf.

Zehn Thesen dazu, wie die öffentliche Verwaltung die Nutzung von Daten vorantreiben kann, hat IT-Dienstleister Dataport veröffentlicht ([wir berichteten](#)). Er konkretisiert damit die Datenstrategien des Bundes. Gerade für Kommunen haben Daten ein enormes Potenzial und stellen sie oft die Grundlage für Entscheidungen dar. Im gesamtgesellschaftlichen Kontext entstehen riesige Mengen an Daten – der weitaus größte Teil bei der öffentlichen Verwaltung. Sie finden über diverse Bereiche hinweg Anwendung und helfen beispielsweise dabei, Notlagen zu bewältigen, den Menschen ein längeres und gesünderes Leben zu ermöglichen, öffentliche Dienstleistungen zu verbessern oder den Klimawandel zu bekämpfen. Die EU-Datenstrategie schätzt den Wert der Daten für das Jahr 2025 auf insgesamt 829 Milliarden Euro. Im Jahr 2018 lag er noch bei 301 Milliarden Euro, womit er immerhin 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU ausmacht. Das enorme Nutzungspotenzial dieses Datenschatzes gilt es auszuschöpfen. Noch sind die aktuellen und qualitativ guten Datensätze der öffentlichen Verwaltung nur vereinzelt zugänglich. Wie wertvoll sie sind, wird sich deutlich zeigen, wenn sie vollumfänglich nutzbar gemacht werden.

Daten sollten dem Gemeinwohl dienen

Vom öffentlichen Sektor erzeugte Daten und der damit verbundene Mehrwert sollten dem Gemeinwohl dienen, indem – auch durch einen bevorzugten Zugang – sichergestellt wird, dass sie von der Forschung, öffentlichen Einrichtungen, KMUs oder Start-ups genutzt werden können. Daten aus dem privaten Sektor leisten ebenfalls einen beträchtlichen Beitrag zum Gemeinwohl. Im Falle einer Pandemie, wie wir sie mit COVID-19 erleben, ist die Verwendung aggregierter und anonymisierter Daten etwa ein wirksames Mittel, um die medizinische Versorgung zu ergänzen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass Daten schnellere und bessere öffentliche Leistungen, neue Dienstleistungen, innovative Geschäftsmodelle oder eben medizinische Wertschöpfung ermöglichen.

Die systematische Auswertung von Daten trägt dazu bei, dass Verwaltungen ihre Leistungen schneller und effizienter erbringen. Kommunen erhalten eine bessere Entscheidungsgrundlage und können Lageentwicklungen besser einschätzen. Das Zusammenführen vieler Datenquellen und -mengen zeigt zuverlässig Handlungsspielräume auf, schont Ressourcen und senkt Kosten. Wir müssen uns diese Datenschatze bewusst machen. So ist es beispielsweise längst möglich, mit Sensoren den Zustand von Verkehrsinfrastrukturen zu überwachen, um Fehlerquellen zu identifizieren. Die Kombination von Sensordaten und zusätzlichen Informationen macht Wartung und Instandhaltung deutlich kosteneffizienter. Dieser Nutzen steigt im Laufe der Zeit durch die zunehmende Datenmenge, die zur Auswertung vorliegt.

Verwaltung der Zukunft ist datengetrieben

Die Verwaltung der Zukunft ist datengetrieben – im Sinne des Gemeinwohls. Die Daten liegen in Teilen bereits vor. Ihr wahres Potenzial ergibt sich jedoch erst aus ihrer Kombination, Auswertung und Weiterverwendung. Dazu müssen Daten miteinander kompatibel und abrufbar sein. Zu viele offene Fragen

verhindern jedoch bislang, dass die Verwaltungsdaten in vollem Maße nutzbar und zugänglich sind. Insofern muss Klarheit über ihre rechtssichere Nutzung geschaffen werden. Welche Daten verwendet, weitergegeben und veröffentlicht werden dürfen, ist auch eine Frage der Kompetenz. Gezielte Fortbildungen im Bereich Datenkompetenz können helfen, Rechtsunsicherheiten abzubauen, zum Beispiel durch Fortbildungsprogramme auf kommunaler Ebene oder in einzelnen Fachbereichen. In Wien geben Data Officers ihr Wissen direkt und persönlich an Kolleginnen und Kollegen weiter und nehmen dem abstrakten Thema Datenschutz so die Komplexität. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt dataport.kommunal in seinen Digital Hubs, Zentren der Digitalisierung im ländlichen Raum. Hier werden regelmäßig Workshops und Schulungen für die Verwaltungen angeboten. Mitarbeitende von Dataport ergänzen das niedrigschwellige Beratungsangebot an den Standorten mit festen Arbeitsplätzen. Eine entscheidende Rolle spielt auch die Dateninfrastruktur. Ziel muss es sein, die Datensilos der Verwaltung zu öffnen, die Daten rechtssicher und nachfragegerecht aufzubereiten und allgemein in hoher Qualität mit offenen Schnittstellen zugänglich zu machen. Um den Datenzugriff zu ermöglichen, müssen Infrastrukturen geschaffen werden. Hier ist das Projekt GaiaX von großer Bedeutung. Das Ziel: eine europäische Dateninfrastruktur, die den Zugriff auf Daten an verschiedenen Orten ermöglicht. In deutlich kleineren Dimensionen findet das bereits im Open-Data-Portal des Bundes statt, das insbesondere für Infrastrukturdaten föderal gemeinsam genutzt wird.

Von Synergien profitieren

Des Weiteren nutzen verschiedene öffentliche Verwaltungen aktuelle und maschinenlesbare Rohdaten gemeinsam. So können intelligente Algorithmen aus Gewerbe-Registerdaten zusammen mit Daten der Finanzämter beispielsweise Umsatzsteuerbetrug erkennen. Jobcenter können Daten dazu nutzen, die Beratung zurück ins Berufsleben schneller und passgenauer zu gestalten oder über smarte Analysen frühzeitig passende Präventionsmaßnahmen zu initiieren.

IT-Infrastrukturen, die einen einfachen Zugang und damit die gemeinsame Nutzung ermöglichen, bilden die Voraussetzung, um von wertvollen Synergien zu profitieren. Im Projekt data[port]ai bauen mehrere norddeutsche Bundesländer einen gemeinsamen „Hub für Datennutzung und künstliche Intelligenz“ auf ([wir berichteten](#)). Die Initiative macht Verwaltungsdaten leichter nutzbar und bietet mit den Datenräumen eine sichere und leistungsstarke Umgebung, um neue datenbasierte Dienste und KI-Lösungen für die öffentliche Verwaltung zu entwickeln. Neben den Ländern vernetzt das Ökosystem sowohl Start-ups als auch Unternehmen, die Forschung und weitere öffentliche IT-Dienstleister und stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft.

Blickt man auf die Datenstrategie der Bundesregierung, bleibt sie im Wesen noch sehr abstrakt und wird in dieser Form Ländern und Kommunen noch keine konkreten Antworten geben können. Daher tun sie gut daran, eigene Strategien zu entwickeln. In diesem Sinne nennt das Zehn-Punkte-Papier von Dataport wichtige Handlungsfelder und Maßnahmen, um Verwaltungen den Weg zu einer aktiveren Datennutzung aufzuzeigen. Kommunen setzen einen beträchtlichen Teil der Digitalisierungsvorhaben in Deutschland um. Mit einer praxis-orientierten Strategie können sie Treiber der digitalen Transformation der Verwaltung in Deutschland und einer gemeinschaftlichen und gemeinwohlorientierten Datenbereitstellung und -nutzung werden. Nicht zum Selbstzweck, sondern um effizienter, kostensparender und vorausschauender zu handeln. Und damit ihren Teil zu einer nachhaltigeren, fortschrittlichen und bürgerorientierten Zukunft beizutragen.

()

Dieser Beitrag ist im Spezial der Ausgabe Dezember 2021 von Kommune21 erschienen. Hier können Sie

ein Exemplar bestellen oder die Zeitschrift abonnieren.

Stichwörter: Open Government, Open Data, data[port]ai